

20. Oktober 2026, von Michael Schöfer

Bei der Altersvorsorge winken lukrative Gewinne

Als Bundeskanzler Friedrich Merz die gesetzliche Rente infrage stellte, hat er viele Ängste ausgelöst. "Die gesetzliche Rentenversicherung allein wird allenfalls noch die Basisabsicherung für das Alter sein. Sie wird nicht mehr ausreichen, auf Dauer den Lebensstandard zu sichern. Es müssen kapitalgedeckte Elemente einer betrieblichen und privaten Altersversorgung hinzutreten, und zwar in weit größerem Umfang, als wir sie gegenwärtig weitgehend auf der Basis von Freiwilligkeit haben", sagte er im April beim Jahresempfang des Bundesverbands deutscher Banken. [1] Für viele ist die gesetzliche Rente der Hauptpfeiler ihrer Altersversorgung, am bislang stabilen Umlageverfahren Zweifel zu säen, hat zum verheerenden Image des Bundeskanzlers beigetragen. Millionär Merz will den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, man könne sich den Sozialschat finanziell nicht mehr leisten. Toll.

Einerseits wird das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente in der Tat durch die demographischen Änderungen der Gesellschaft belastet (künftig weniger Einzahler, aber mehr Leistungsbezieher), andererseits wird damit von interessierter Seite auch der Konflikt zwischen den Generationen geschürt. Boomer gegen Gen Z. Die Belastung sei für die Jungen nicht mehr tragbar, heißt es, weshalb die Empfehlungen der Rentenkommission jetzt rasch ohne Abstriche umgesetzt werden müssten. Doch ein nüchterner Blick auf die Zahlen verrät: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung ist momentan so hoch wie 1995 (18,6 %), und 1973 war er mit 18 Prozent nicht viel niedriger. Unter Helmut Kohl betrug er schon einmal 20,3 Prozent. [2] In der Frühjahrsfinanzschätzung 2026 für die allgemeine Rentenversicherung ging die Deutsche Rentenversicherung davon aus, dass der Beitragssatz 2028 auf 19,9 Prozent ansteigt, 2035 soll er 20,9 Prozent und 2040 21,1 Prozent betragen. [3]

So gesehen ist eine Ergänzung (!) der Altersvorsorge durch kapitalgedeckte Elemente durchaus ratsam. Die Rente nicht nur auf die Beiträge der Arbeitnehmer zu stützen, sondern die Arbeitnehmer auch an der Wertschöpfung der Volkswirtschaft zu beteiligen, ist sinnvoll. Dafür sind Investitionen am Kapitalmarkt (Aktien, Anleihen) notwendig. Wobei man sich immer im Klaren sein sollte, dass der Kapitalmarkt naturgemäß eigenen Risiken unterliegt, das Ganze also kein Rundum-Sorglos-Paket darstellt. Es kann dabei auch, wie immer im Leben, etwas schiefgehen, ein tiefgreifender und lang anhaltender Börsencrash wie 1929 zum Beispiel.

Was hat sich die Bundesregierung einfallen lassen? Da ist beispielsweise die "Frühstartrente": Ab Januar 2027 bekommen Kinder zwischen ihrem 6. und 18. Lebensjahr rückwirkend zum 1. Januar 2026 vom Staat monatlich zehn Euro für ein individuelles, kapitalgedecktes, privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot geschenkt. [4] Das Geld soll langfristig am Kapitalmarkt angelegt werden, es wird nicht vor Vollendung des 65. Lebensjahres ausgezahlt. So könnte der Depotwert bei einer unterstellten Rendite von jährlich 7 Prozent im 65. Lebensjahr 53.000 Euro (Variante ohne Zuzahlung der Eltern) oder sogar 230.000 Euro (Variante 50 Euro monatliche Zuzahlung der Eltern) betragen. [5] Ob das wirklich so kommt, bleibt abzuwarten. Prognosen sind bekanntlich schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen (Niels Bohr).

Den Staat kostet die Frühstartrente im Jahr 2027 198 Mio. Euro, bis 2030 soll die Belastung des Haushalts auf 411 Mio. Euro jährlich steigen. [6] Wobei natürlich viel mehr möglich wäre. Würden wir den Multimillionären bzw. -milliardären weniger Steuergeschenke machen, könnte man für die junge Generation mehr herausholen. Ein Beispiel: Allein im

Jahr 2025 wurden den Vermögenden über die Verschonungsbedarfsprüfung gemäß § 28a Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz 3,7 Mrd. Euro an Steuern erlassen. [7]

Aus 198 Mio. Euro (Kosten der Frühstartrente 2027) werden bei einem Zinssatz von 7 Prozent per annum durch den Zinseszinsseffekt nach 45 Jahren 4,2 Mrd. Euro. Aus 3,7 Mrd. Euro (Steuererlass § 28a ErbStG 2025) käme jedoch am Ende rechnerisch ein Kapital von 77,7 Mrd. heraus. Würde der Staat, anstatt die Reichen zu pöppeln, mehr Geld in die junge Generation investieren, bräuchte sich diese weniger Sorgen um ihre Zukunft zu machen. Aber ein Abbau der Steuerausnahmen für die oberen Zehntausend ist für die Konservativen natürlich gleichbedeutend mit einer Todsünde. Daran sieht man, wo die wahren Prioritäten von CDU und CSU liegen.

Außerdem: Das Altersvorsorgedepot soll über private Anbieter laufen, ein Staatsfonds wie in Schweden ist nicht vorgesehen. Es war kein Zufall, dass der Kanzler die gesetzliche Rente ausgerechnet beim Bundesverband deutscher Banken infrage stellte, denn die wollen selbstverständlich einen Anteil vom Kuchen abbekommen. Aktiendepots fallen in ihren Geschäftsbereich. So soll es auch bei der verpflichteten Kapitalrente und der freiwilligen privaten Altersvorsorge laufen. Bei Standardprodukt-Verträgen sind die Kosten allerdings auf maximal 1,0 Prozent begrenzt, ein Debakel wie bei der Riester-Rente (hohe Verwaltungskosten, niedrige Rendite) soll nicht mehr passieren.

Doch warum Deutschland im Gegensatz zu Schweden keinen Staatsfonds hinbekommt, ist schleierhaft. Und anders als hier sind dort die Verwaltungskosten viel niedriger. "Alle Fonds erheben eine Gebühr, um Verwaltungs- und Betriebskosten zu decken. Die Verwaltungsgebühr für AP7 Såfa ist altersabhängig: Bis zum Alter von 55 Jahren beträgt sie 0,05 Prozent. Danach sinkt die Gebühr, während der Anteil an festverzinslichen Anlagen zunimmt, und erreicht im Alter von 75 Jahren einen Tiefstwert von 0,04 Prozent. Fondsgebühren beeinflussen die Höhe Ihrer späteren Rente und sind daher ein wichtiger Faktor, den es zu berücksichtigen gilt." [8] Warum sind die Kosten in Schweden zwanzigmal niedriger als in Deutschland? Anscheinend wollen sich bei uns einige abermals eine goldene Nase verdienen, denn bei der Altersvorsorge winken lukrative Gewinne.

Fazit: Die kapitalgedeckte Rente ist als Zusatzversorgung durchaus sinnvoll, um die prognostizierten negativen Effekte der Demographie zu kompensieren. Aber man könnte wesentlich mehr daraus machen, wenn die Regierung dazu bereit wäre, im Sinne der Gerechtigkeit ein bisschen von oben nach unten umzuverteilen. Und ein Staatsfonds nach schwedischem Vorbild ist eigentlich, schon allein wegen den Verwaltungskosten, ein Muss. Schade, dass man in Deutschland wieder nur halbherzig handelt.

[1] Bundesregierung vom 20.04.2026, Rede des Bundeskanzlers beim Jahresempfang des Bundesverbandes deutscher Banken

[2] sozialpolitik-aktuell, Beitragssätze zur Rentenversicherung 1957 - 2026, PDF-Datei mit 137 KB

[3] Deutsche Rentenversicherung, Frühjahrsfinanzschätzung 2026, PDF-Datei mit 42 KB

[4] Bundesregierung vom 16.10.2026, Startkapital für private Altersvorsorge

[5] Bundesministerium der Finanzen, Kabinett beschließt Frühstartrente: Startkapital für die Altersvorsorge der jungen Generation

[6] ZDF vom 16.10.2026

[7] Statistisches Bundesamt, Steuererlasse nach der Verschonungsbedarfsprüfung gemäß § 28a ErbStG

[8] Sjunde AP-fonden, AP7 Såfa, übersetzt mit Google-Translator